

Menschenverachtend Demokratiegefährdend

Opfer der
rassistischen Gewalt



**Die Würde des Menschen
ist unantastbar.**

Artikel 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsextremistische Parteien haben bei Wahlen wieder Zulauf. Viele Wähler wissen kaum etwas über die Ansichten und Vorhaben dieser Parteien. Bei genauerem Hinsehen ist festzustellen, dass es bei diesen Parteien immer wieder Parallelen zu Ideen und Taten der Nationalsozialisten gibt, die Deutschland und die ganze Welt schon einmal ins Unglück gestürzt haben. Deshalb gibt die Landeszentrale für politische Bildung hier einen ersten Einblick in die Grundauffassungen von Rechts extremismus, den rechtsextremen Parteien und den in der Öffentlichkeit agierenden Personen.

„Kampf um die Köpfe“

Das Schicksal des Menschen ist nach rechtsextremer Auffassung untrennbar an die Zugehörigkeit zu einer „Volksgemeinschaft“ gekoppelt. Sie wird als starre und geschlossene Formation gedacht und kann nur als solche existieren. Überlebensvoraussetzung dieser Volksgemeinschaft ist es, vorgeblich natürlich gegebene Gemeinsamkeiten, wie z. B. Sprache, Abstammung, Geschichte und nationale Kultur, unverändert zu bewahren.

Ängste und Konflikte, die es in jeder Gesellschaft gibt, werden auf Außenstehende übertragen, so dass schließlich nur ihre Anwesenheit in dem von der Volksgemeinschaft beanspruchten Raum genügt, um gesellschaftliche Problemlagen zu erklären. Auf diese Weise werden Migranten, aber auch Parlamentarier und alle anderen politischen Gegner zu Feinden des „Volkes“.

Das Fremdenfeindliche Gedankengut der DVU zeigt sich z. B. in der einseitigen und verzerrenden Berichterstattung in der „Nationalzeitung“ über Ausländer, Ausländerkriminalität und Asylmissbrauch: „Auf Diebstahl spezialisiert – Schutzlos vor ausländischen Trickdieben?“ (NZ Nr. 37/2002, S. 2).

Ideen an junge Menschen herangetragen. Die von Rechtsextremen unterbreiteten Angebote üben mitunter auf Orientierung suchende junge Menschen eine gewisse Anziehungskraft aus. Dazu gehört auch eine Musikszene mit gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Texten.

„Verständnis für kriminelle Ausländer? – Schluss mit Beschwichtigung!“ (NZ Nr. 2002, S.10). Mit solchen Schlagzeilen wird suggeriert, die in Deutschland lebenden Ausländer seien generell kriminell (BfM, Verfassungsschutzbericht 2002, S. 77).

Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland) wurde 1964 gegründet und ist die älteste noch existierende rechtsextremistische Partei. Sie vertritt aggressive fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen und versteht sich als Fundamentalopposition zur demokratischen Grundordnung. Sie will die ebenfalls rechtsextremistischen Parteien DVU (Deutsche Volksunion) und REP (Die Republikaner) sowie neonazistisch orientierte Kameradschaften in eine „Volksfront von rechts“ einbeziehen. Sie übernimmt in dieser Sammlung derzeit die führende Rolle und propagiert ein sogenanntes Drei-Säulen-Modell: „Kampf um die Köpfe“ – „Kampf um die Parlamente“ – „Kampf um die Straße“.

„Wir haben erkannt, dass sich die derzeitige Zuwanderungspolitik gegen uns Deutsche richtet. Wenn wir Deutschen wieder Herr im eigenen Haus sein und unsere Zukunft sichern wollen, müssen wir jede Zuwanderungspolitik etablierter Parteien und Politiker kompromisslos ablehnen. Unser Ziel muss die konsequente Rückführung von Ausländern samt deren Familien zurück in ihre Heimatländer sein.“ (aus einer von einem Bündnis rechtsextremer Kameradschaften und Versandfirmen eingerichteten Website, abgerufen am 09.11.2004)

Über sogenannte „Kameradschaften“ und von nationalistischen Gruppen beherrschte Jugendklubs werden diese

Fremdenangst schüren auch Artikel in der Zeitung der Republikaner: „Hauptstadt der Moscheen – Wien war gestern – jetzt ist Berlin im Visier der islamischen Eroberer. Zehn neue Moscheen sollen in den nächsten Jahren in Berlin gebaut werden. Keineswegs bescheidene Gebetshäuser, wie es sich für Gäste im fremden Land ziemten würde, sondern stolze, protzige Paläste, die wie Leuchttürme der Eroberung in einem strategischen Netz über die ganze Hauptstadt verteilt sein sollen.“ (Zeit für Protest 7 – 8/2004, S. 4)

„Kampf um die Parlamente“

In vielen Aussagen der NPD und anderer rechtsextremistischer Kreise ist die Ablehnung der verfassungsmäßigen, demokratischen Ordnung und des Mehrparteiensystems festzustellen. Ähnlich wie die Nationalsozialisten vor 1933 streben diese Parteien die Ablösung der Demokratie an, sie gehen teilweise heute mit den gleichen Methoden vor.

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrtkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache. ...Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen 60 bis 70 Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. ...“ (Joseph Goebbels, „Was wollen wir im Reichstag?“ in: Der Angriff, 30.04.1928, S. 1 f.).

„Nicht mitregieren wollen wir, keine Beteiligung an der Macht streben wir an, von Reformen reden wir schon gar nicht, sondern wir wollen die absolute Macht in Deutschland, um unsere Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu verwirklichen und um das liberal-kapitalistische System durch unsere nationale, solidarische Volkswirtschaft zu ersetzen. Das, und nicht anderes, ist die deutsche Revolution.“ („Südwest-Stimme“, Mitteilungsblatt des NPD/JN-Landesverbandes Baden-Württemberg, Nr. 2/1998, S.3).

„Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.“ (Uwe Leichsenring, Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz, jetzt Mitglied des Bundesvorstandes der NPD, FAZ, 21.09.2004, Nr. 220, S. 3).

Immer offener und deutlicher wird an die menschenverachtende, nationalsozialistische Politik des Hitler-Regimes angeknüpft. Die NS-Verbrechen werden geleugnet oder bagatellisiert, ihre Opfer verhöhnt.

„Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.“ (Udo Voigt, Junge Freiheit Nr. 40/04-24.09.2004).

„Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.“ (Udo Voigt, Bundesvorsitzender der NPD, in einer Rede im April 2004 in Senden/Bayern, am 4.10.2004 in der ARD-Sendung Report Mainz).

„Kampf um die Straße“

Gegenwärtig treten die NPD und ihre Mitstreiter immer häufiger und aggressiver in Demonstrationen und Kundgebungen auf. In die martialischen Auftritte werden auch verstärkt einschlägig vorbestrafte Mitglieder neonazistischer Schlägertrupps einbezogen

„Wenn es zu körperlichen Auseinandersetzungen kommen sollte, mit dem linksfaschistischen Pöbel da vorne, dann weiß ich, dass diese über 200 deutschen Männer und Frauen wie eine Front stehen und in diesen Kampf gehen, wie in einen Gottesdienst.“ (Dieter Riefeling auf einer Kundgebung im Oktober 2004 in Hannover, aus: ZDF- Frontal 21 am 26.10.2004).

„Jene Divisionen, die jetzt schon zu kleinen Offensiven angetreten sind, werden in diesen Kampf hinein gehen wie in einen Gottesdienst“ (Originalton von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Frühjahr 1945 in derselben Sendung).

„Die neue vereinte Rechte und die Neonazis wollen Weimarer Verhältnisse.“ (GdP-Chef Konrad Freiberg). Schon jetzt sei erkennbar, dass die Neonazis fast jedes Wochenende auf die Straße gingen, um den Staat und die Gegendemonstranten zu provozieren. Ziel sei es offensichtlich, dass „linke Chaoten die Nerven verlieren und sie angreifen“ und die Polizei mitten drin steckt. „Irgendwann wird es passieren und dann gibt es Verletzte, möglicherweise kommt sogar jemand zu Tode.“ Die rechten Demonstranten wollen nicht zuerst zuschlagen, sondern angegriffen werden, „um nach außen eine saubere Weste zu behalten und sich als Opfer von Chaoten und Polizei darstellen zu können.“ (Aus: SPIEGEL-ONLINE vom 8.11.2004).

Es muss davon ausgegangen werden, dass zukünftig Kundgebungen der NPD und der Neonazis auch gewalttätig verlaufen können, weil die rechtsextremen Parteien und Gruppen eine besondere Strategie verfolgen.

Um solchen rechtsextremistischen Strömungen zu begegnen, ist es notwendig, sich mit der Ideologie und der Politik von Parteien wie der NPD, der DVU oder der Republikaner inhaltlich auseinander zu setzen. Auf

jeden Fall sollte man sich bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen selbst jeglicher Gewalt enthalten, um nicht den Gegnern der Demokratie in die Hände zu spielen und ihnen nicht die Chance zu geben, sich als „Opfer“ darzustellen. Die kritische Beschäftigung mit dem Gesellschafts- und Politikverständnis der Rechtsextremen dient der Aufklärung darüber, ob diese Richtungen menschenverachtend und demokratiefördernd sind.

QUELLEN:

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/lexikon.php. Internet - Plattform des Magazins stern und der Amadeu Antonio Stiftung.

Die Quellen der Zitate sind an den Textstellen angegeben. Titelfoto: dpa-Bilderdienst.

IMPRESSUM:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz
November 2004